



Heute mit
ALPHA

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Samstag
30. Juli 2016

124. Jahrgang Nr. 176
Fr. 3.80, Ausland: € 3.50 / AZ 8021 Zürich

Ferien im Zelt
Camping ist zwar
etwas unbequem -
aber es befreit.

34

Wembley-Goal
50 Jahre danach:
War der Ball nun
drin oder nicht?

32

Ghostbusters!
Im Kino treiben sich
wieder Geister rum.
Who you gonna call?

36



Landesmuseum
Die Stadt feiert
die Eröffnung des
Erweiterungsbaus.

17, 19

1. August Unsichere Zeiten sind ein Nährboden für Populisten. Dagegen helfen kann unser direktdemokratisches System. Denn zu dessen Wesen passen Extremforderungen nicht. *Ein Leitartikel von Daniel Foppa*

Ein Mittel gegen Scharfmacher

«Die Welt ist eine Pulverfabrik, in der das Rauchen nicht verboten ist», hat Friedrich Dürrenmatt einst gesagt. Und damit unsere momentane Sicht auf das Zeitgeschehen vorweggenommen: Wir sind uns bewusst, dass das Unheil jederzeit in den Alltag einbrechen kann. Dieser Sommer führt uns einmal mehr vor Augen, wie verletzlich die freiheitliche Gesellschaft und wie unsicher die globale politische Entwicklung ist.

Mittendrin feiert die Schweiz ihren Nationalfeiertag. Das Land ist bisher von Anschlägen verschont geblieben, doch die Terrorakte und Amokläufe treffen auch uns. Es sind auch unsere Werte, die die Angreifer in ihrem fundamentalistischen oder pathologischen Wahn attackieren. Ein bedeutender Unterschied zur Situation in den Nachbarländern ist jedoch, dass sich die Stimmbürger just in diesem Jahr zu den beiden Themen äussern, die derzeit Europa umtreiben: Wir haben im Juni mit der Abstimmung über das Asylgesetz die Flüchtlingspolitik neu justiert. Und wir werden am 25. September darüber befinden, ob der Staatsschutz mehr Kompetenzen erhalten soll - unter anderem zur Überwachung potenzieller Terroristen.

Möglichst hohe Legitimation

Der nun einsetzende Abstimmungskampf über das Nachrichtendienstgesetz wird im Idealfall zum Diskurs über das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit. Denn die Vorlage wirft die brennend aktuelle Frage auf, wie stark zur Terrorabwehr in die Grundrechte der Bürger eingegriffen werden darf. Diese Diskussion wird derzeit europaweit geführt - in Parlamentsausschüssen, auf Feuilletonseiten und in Freundeskreisen. Bei uns jedoch steht am Schluss der Debatte das konkrete Handeln, die Stimmabgabe und damit die Übernahme von Verantwortung.

Natürlich ist der Beitrag des Einzelnen bescheiden, und über die Hälfte der Stimmberechtigten geht in der Regel nicht an die Urne. Entscheidend ist jedoch, dass diese Möglichkeit der Einflussnahme besteht. Gerade in schwierigen Zeiten muss staatliches Handeln eine möglichst hohe demokratische Legitimation besitzen. Dann kann die Stimmungsmache gegen das



Handeln der Behörden als solche entlarvt werden, denn diese setzen Beschlüsse der Mehrheit um.

So kann die SVP die Schweizer Flüchtlingspolitik trotz steigender Kosten und mehr Asylgesuchen nicht

in Bausch und Bogen verwerfen, denn diese ist vom Volk gewollt. Die Linke wird ihrerseits nach der Abstimmung vom September wohl damit leben müssen, dass der Staatsschutz neue Befugnisse erhält.

Anders ist die Situation in Deutschland. Dort wird inzwischen auch von links aussen Kritik an der couragierten Flüchtlingspolitik der Kanzlerin laut, und selbst Politiker aus den eigenen Reihen erachten Merkels Handeln als

zu wenig demokratisch legitimiert. Die Schere zwischen offizieller Politik und der Stimmung auf der Strasse öffnet sich gefährlich. Das Land ist derzeit so anfällig für Populismus wie seit Jahren nicht mehr.

Allerdings ist es auch in der Schweiz nicht so, dass die Mittel der direkten Demokratie stets im Hinblick auf möglichst vernünftige Lösungen eingesetzt werden. Die letzten Jahre haben die Nachteile einer entfesselten Initiativdemokratie aufgezeigt, die zu Mehrheiten für rechtsstaatlich und völkerrechtlich problematische Begehren führten. Auch waren es zunehmend Regierungsparteien, die Volksinitiativen lancierten. Das aber entspricht nicht der Idee des vor 125 Jahren als Korrektiv zur Politik der Behörden eingeführten Instruments. Jüngst klagten denn auch Wirtschaftsverbände, die hohe Kadenz von Initiativen schade der Stabilität und der Berechenbarkeit des Landes.

Abwehrkräfte stärken

Die direkte Demokratie wird besonders dann unberechenbar, wenn Bürger den Urnengang primär zur Missfallensbekundung nutzen oder Initiativen mit Radikalforderungen aufwarten. Noch ist offen, ob das Nein zur Durchsetzungsinitiative und der Rückgang der Anzahl eingereicherter Initiativen eine Trendwende zurück zu mehr Augenmass eingeleitet haben.

Derweil erleben wir einen Sommer, in dem weltweit so einiges aus den Fugen zu geraten scheint. Wir selber sehen dem Geschehen aus relativ sicherer Distanz zu und sind ohne Einfluss auf globale Entwicklungen. Handlungsunfähig sind wir jedoch nicht, denn wir können regelmässig zu den drängendsten Problemen Stellung beziehen. Eine Gesellschaft, die eine Wertedebatte führt und an der Urne darüber befindet, stärkt ihre Abwehrkräfte gegen all die Scharfmacher, die nun ihre Zeit gekommen sehen. Damit kann unser von unten gesteuertes Politsystem, das alle Kräfte einbindet, Rücksicht auf Minderheiten nimmt und zu dem Extremforderungen nicht passen, als Modell gegen Überreaktionen und Fatalismus dienen. Es ist an uns, dazu Sorge zu tragen.

Service

Börse	10	Gottesdienste	27
Leserbriefe	14	Fernsehprogramme	39
ALPHA	15	Rätsel	44
Veranstaltungen	24	Wetter	47
Todesanzeigen	26		

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate 044 248 40 30

E-Mail: inserate@tages-anzeiger.ch

Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch

Strafverfahren gegen Offizierspräsidenten

Die Staatsanwaltschaft des Kantons Bern hat gegen Stefan Holenstein, den Präsidenten der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, ein Strafverfahren eröffnet. Gegenstand der Untersuchung ist der Verdacht auf ungetreue Geschäftsbesorgung, Urkundenfälschung und Beschimpfung. Die Vorwürfe stehen in Zusammenhang mit Holensteins Tätigkeit als Direktor des Automobil-Clubs der Schweiz (ACS). Gleichzeitig eröffnet der Staatsanwalt der Region Bern-Mittelland auch ein Verfahren gegen den ACS-Präsidenten Mathias Ammann. In diesem Fall ist Holenstein der Anzeigerstatter. Er wirft Ammann vor, ihn mit falschen Vorwürfen zu verleumden. (hä) - Seite 7

Genferin kämpft für inhaftierten Ehemann

Die Ehefrau eines Schweizers, der in Bangkok inhaftiert ist, trat diese Woche an die Öffentlichkeit, um «Gerechtigkeit zu fordern». Xavier Justo sitzt in Bangkok eine dreijährige Strafe wegen Erpressung ab. Der 49-Jährige steht am Ursprung des globalen IMDB-Geldwäschenskandals; er hatte E-Mails seines englisch-saudischen Arbeitgebers Petrosaudi öffentlich gemacht und damit den Skandal lanciert. Laura Justo prangert nun das Verhalten Petrosaudis an: Man nehme Einfluss auf das Strafverfahren in Bangkok, das die Firma selbst initiiert hatte, um ihren Mann, der im Fall IMDB ein wichtiger Zeuge sein könnte, einzuschüchtern. (ms) - Seite 8

Kommentare & Analysen

«Die Amerikaner wählen im Herbst keine Partei, sondern eine Geschichte.»

Sacha Batthyany über die US-Präsidentschaftswahlen.

In eigener Sache

Nach der Doppelnummer von letzter Woche erscheint heute kein «Magazin». Wegen des 1. August erscheint der nächste TA am Dienstag. Aktuell informiert Sie www.tagesanzeiger.ch.

Heute

Befragter in einem Empfangszentrum für Asylsuchende entlassen

Das Staatssekretariat für Migration hat einen Mitarbeiter entlassen, weil sich dieser bei einer Befragung von Asylsuchenden «unkorrekt verhalten» haben soll. Damit bestätigen sich Recherchen des TA, wonach es in den Empfangszentren vereinzelt zu verbalen Übergriffen von Mitarbeitern kommt. - Seite 4

ABB ist mit einem Prestigeprojekt in der Nordsee im Rückstand

Das Projekt Dolwin 2 sollte für ABB die Krönung einer Reihe von Grossaufträgen zur Anbindung von Windparks in der Nordsee ans Festland werden. Stattdessen folgte eine Serie aus Pech und Pannen. Inzwischen ist der Schweizer Konzern mit der Übergabe der Anlage über ein Jahr im Rückstand. - Seite 9

